

Schreibt täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementpreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholstellen und der Expedition abgezahlt 20 Pf. Vierteljährlich
20 Pf. frei ins Haus,
50 Pf. bei Abholung.
Durch alle Postanstalten
1.00 M. pro Quartal, wie
Briefträgerbefüllt
1. M. 40 Pf.
Sprechmunden der Redaktion
11—12 Uhr Vorm.
Ritterbagergasse Nr. 6.
XVII. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Das billigste Blatt

in Danzig ist der „Danziger Courier“. Er kostet monatlich nur 20 Pfennig bei Abholung von der Expedition, Ritterbagergasse 4 und den Abholstellen. Für 30 Pfennig monatlich wird er täglich durch unsere Botenfrauen in's Haus gebracht.

Der Liberalismus und die Flotte.

Eine Erinnerung an die Flottenbewegung von 1861.

Auf der Tagesordnung des zweiten Tages stand die Verhandlung über die Flottenfrage.

Berichterstatter war der Abg. Schulze-Delitsch. Er wies darauf hin, daß die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage und die Flottenfrage zugleich die Lösung der deutschen Frage sei. Vor allem sei es geboten, die schwächste Seite unseres Vaterlandes ins Auge zu fassen.

„Auf die Gewehr“ — so sagte Schulze-Delitsch — haben wir vor allen Dingen unsere Kraft und unser Augenmerk zu richten und durch unsere Initiative auch die Regierungen mit fortzureihen, wie dies schon von 1848 her so lebhaft erkannt wurde. Nur ein Gefühl belebte das ganze Volk, als die ersten Flottensammlungen angeregt wurden, daß es nicht blos den Küstländern, welche zunächst der Gefahr ausgeetzt waren, gelte, sondern dem ganzen Vaterlande; und ein Ruf drang von den Ufern des Meeres in das Binnenland und bis an die Alpen. Wir wissen, welches klägliche Ende die Frucht dieser nationalen Begeisterung sond. Ich brauche Sie nicht zu erinnern an jene Tage, wo der Auktionshammer im Auftrage des deutschen Bundesrates der deutschen Flotte schmählich ein Ende mache. Das deneblich, nach einer so durchbaren Erfahrung, im Augenblick, wo wieder ein frischer Geist durch Deutschland weht, wo das Gefühl kommander großer Ereignisse alle Seelen erfüllt, daß dennoch wieder unmittelbar vom Volke aus, ohne daß die Anregung von Seiten des Vereins oder von der Regierung gegeben worden ist, die Sache wieder aufgenommen wird: das ist ein großes, ein bedeutendes Zeichen der Zeit. Das möchte wohl kaum bei anderen Völkern möglich sein, und in diese so mächtig beginnende naturwüchsige Agitation hat sich der National-Verein einzumischen, er hat sie in seine Aufgaben herüberzuheben und von seiner Seite zu fördern, ja in die Hand zu nehmen.“

Nachdem Schulze-Delitsch hervorgehoben, daß der preußische Marineminister bereitwillig entgegenkommend und daß eine Reihe von Anträgen aus dem Reiche an den Ausschuß des National-Vereins in dieser Sache gelangt sei, schlägt er vor, daß der National-Verein aus dem Überdruck der letzten Rechnung vorläufig 10 000 Gulden als Grundstock zu den Flottensammlungen hergeben möchte.

„Der Zweck der gesammelten Gelder“ — so fährt er fort — „kann kein anderer sein, als der Schutz der deutschen Nord- und Ostseeküsten. Freilich wäre hierzu, wie zum Schutze des deutschen Handels und nötigenfalls zum Angriff, die Herstellung einer angemessenen Kriegsflotte das beste Mittel. Doch würde dies ungeheure Kosten und Zeitaufwand in Anspruch nehmen, weil außer dem Bau der Schiffe auch die Ausbildung der Mannschaft hierbei in Betracht kommt. Deshalb muß zunächst alles aufgeboten werden, eine Kanonenbootflottille zu schaffen, zum Schutze der bedrohten Küsten.“

Dass die Herstellung einer solchen Kanonenbootflottille, zu welcher Zeit und Mittel ausreichend nur in die Hand von Preußen gelegt werden können, sei selbstverständlich.

„Das nördliche Deutschland, um welches es sich zunächst handelt, hat eine sehr bedeutende Handelsflotte, denn sie nimmt den dritten Rang unter

Mansura.

Roman aus Algerien von Lanera.

[Nachdruck verboten.]

3) (Fortsetzung.)
Auf Anordnung des sehr voraussorgenden Capitäns Auger wurden nun möglichst viel Lebensmittel aus den anderen nicht belebten Häusern und aus den Gärten in den drei Verteidigungsgebäuden zusammengetragen und in jedem der letzteren Gefäße mit Trinkwasser aufgestellt. So glaubte man, eine längere Belagerung aushalten zu können. Schließlich mußte doch eine Tuppenabteilung aus Alger zum Entsetzen der Verteidiger von Palaestra erscheinen und sie besiegen!

In der Gendarmerie-Kaserne erhielten auch die Frauen den Auftrag, im Wechsel zu wachen und die Abablen stets im Auge zu behalten.

Nachdem auf solche Weise alle nur denkbaren Vorräte getroffen waren, konnte man den zukünftigen Ereignissen ziemlich beruhigt entgegensehen.

Während der ganzen Nacht vom 20. zum 21. April schossen die Abablen, welche sich dem Dorfe wieder genähert hatten, gegen die drei von den Europäern besetzten Häuser. Aber Schaden richteten die Geschosse nicht an, weil sie nicht einmal die festen Holzhütten durchschlagen konnten und in den Derrammlungen der Fenster un-

den Handelsflotten der Welt ein. Während England vorausgeht, dem Nordamerika ziemlich gleich kommt, hat Deutschland die dritte Stelle, was Zahl und Tonnengehalt der Schiffe anbetrifft. England hatte 1859 mit den Kolonien Schiffe mit einem Tonnengehalt von 5½ Millionen, Nordamerika 1858 etwas über 5 Millionen Tonnen, Norddeutschland 1859/60 3727 Seeschiffe mit etwas über 1 Million Tonnengehalt, dann kommt Frankreich mit 952 000 Tonnengehalt . . . Sie entnehmen aus der Bedeutung unserer Handelsmarine die Größe und Wichtigkeit unserer maritimen Interessen, die wir zu schützen haben, und mögen leicht ermessen, daß ihre Gefährdung tief in das wirtschaftliche Leben eingreift und gerade auf einen zu führenden Krieg lähmend einwirken muß. Wenn man aber seine Egoisten in dieser Weise aufs Spiel gesetzt sieht, so entscheiden sich viele und gerade die einflußreichsten sozialen Klassen, lieber für einen faulen Frieden. Andererseits wirkt die Labilität der Kriegsführung, das volkommene Preisgeben dieser Interessen, auch noch auf einen sichtbaren Ausfall der finanziellen Einnahmen des Staates, welche doch gerade durch den Krieg doppelt in Anspruch genommen werden, und zieht auch in dieser Hinsicht die größten Nachtheile nach sich.“

Der Stand der preußischen Flotte wird von vielen Seiten unterschätzt. Er beträgt an Segelschiffen 46, darunter 40 Hubkanonenboote, zu 194 Kanonen; 25 Dampfschiffe, — Schraubenschiffe, Adlitz und Kanonenboote — zu 117 Kanonen; außerdem ein Wacht- und Ascerneenschiff. Im Bau begriffen sind 4 Schraubenschiffe, 4 Hubkanonenboote: 8 Schiffe zu 104 Kanonen. Diese an Kriegstüchtigkeit, Bauart und Bewaffnung vorzügliche Flotte genügt zur Deckung der Ostseeküsten, wenn auch nicht zu einem Angriffskriege gegen Dänemark. Daneben hat Preußen ungeheure Opfer bringen müssen, um seine Wehrkraft durch Umformung seines Artilleriesystems, sowie der Schießwaffe der Infanterie, durch stärkere Heranziehung der jungen Mannschaft in die Reihen des stehenden Heeres, der Wehrkraft der großen Militärmächte ebenbürtig zu machen. Die Erhöhung des Militärbudgets in Preußen beläuft sich auf ca. 80 Millionen Gulden rheinisch. Sie wird getragen für den Schutz des großen Gesamtwaterlandes. Was wir durch unsere Sammlungen leisten können, 100 000 bis 200 000 Gulden, kommt bei einem Budget von 80 Millionen kaum in Betracht; aber das, was Sie Preußen damit geben, hat eine weit hinausgreifende Tragweite, einen unberechenbaren moralischen Wert, sowohl für Preußen wie für Deutschland: es ist die Stärkung Preußens zu seinem Vorgehen in der deutschen Sache; es ist der Druck, den Sie durch solche Konstituierung des Volkswillens auf die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten üben. Dass Preußen sich den Schuh der Küsten in der Nord- und Ostsee zur Aufgabe gestellt hat, dafür bürgt die Erwerbung eines Kriegshafens in der Nordsee (Jahibusen). Das erste Schiff, welches die deutsche Nation der preußischen Marine zuführt, möchte leicht die preußische Marine zu einer deutschen machen helfen. (Allseitiger Besitz). Zeigen wir durch Annahme des Ausschlußantrages, daß das deutsche Volk den innigen Herzensdrang fühlt, sich ohne allen Vorbehalt dem hinzugeben, daß es den Willen und die Kraft zeigt, zu rechter Zeit, an der rechten Stelle, handelnd für sein Höchstes, seine nationale Existenz einzutreten. (Großer Besitz).

Politische Tageschau.

Danzig, 22. März.

Reichstag.

Der Reichstag nahm in seiner gestrigen Sitzung bei Berathung des Staats des Reichsinvalidenfonds nach einer Discussion, an der sich die Abg. Graf Oriola (nat.-lib.), Baumbach (Reichsp.), Werner (Antif.), Graf Roon (cons.), Fritzen (Centr.), Prinz Schönthal-Carolath (Soz. der Natlib.), Förster-Neustettin (Antif.) und Rickert beteiligten, einstimmig eine von der Commission

schädlich stießen blieben. Aber die Abablen erreichten doch ihren Zweck, indem sie die ganze Belästigung von Palaestra unaufhörlich bedrohten, dadurch stets nach erhielten und auf solche Weise sehr ermüdeten.

Am Morgen des 21. April stieg die Sonne hell leuchtend und strahlend an dem wolkenlohen Himmel über den Schneekämmen des Flissa-Berges und den Felsenjäcken des Djurodjoura empor. Die ganze Umgegend von Palaestra erglänzte im frischen Grün der neu aufgegangenen Gaaten, der üppig belaubten Gebüschen und der duftenden Wiesen, welche die Colonisten mit so großer Mühe in den letzten Jahren angelegt hatten. Dazwischen bildeten einzelne Korkelbäume und am Rande der Ierschlucht kleine Waldparzellen von Rastanien dunklere Abschattungen, und am Rande des schönen Landschaftsbildes glänzte auf den Bergen ein breiter Saum von blendend weißem, frisch gefallenem Schnee. Das sah so friedlich, so ruhig aus, daß ein ungewöhnlicher Beobachter an alles eher, als an Austruhr und Krieg in dieser Gegend denken könnte.

Seit einigen Stunden hatte das Schießen der Abablen aufgehört. Man erblickte keinen der wilden Einwohner.

„Ob sie wohl gegangen sind?“

Raum war diese Aeußerung gesunken, so erschienen lange, grauweiße Linien am Rande der

beantragte Resolution an, wonach der Reichskanzler erachtet werden soll, in dem Nachtragsrat für 1898 die Mittel zur Gewährung einer Veteranenbeihilfe von 120 Mk. auf Grund des Gesetzes von 1895 an die 3000 bisher noch nicht berücksichtigten Anwärter nachzufordern; ferner eine Resolution Oriola auf baldkunstliche Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der, unter Berücksichtigung der gestiegenen Kosten der Lebenshaltung, den berechtigten Wünschen der Militärinvaliden, insbesondere auch in Bezug auf Versorgung von Wittwen und Waisen, die Entschädigung für Nichtbenutzung des Civilverpflegungssteines und Belassung der Militärpension neben dem Civildienstentkommen resp. der Civilpension Rechnung trägt. Die anwesenden Vertreter der Militärverwaltung und des Reichsschahamtes hielten sich in Schweigen.

Beim Etat der reichsländischen Eisenbahnen drehte sich die Diskussion außer um die Gehaltsverhältnisse der Beamten hauptsächlich um die Thatache, daß die Eisenbahnverwaltung sich aus den Acten des Reichstags die Namen von den Unterzeichnern von Petitionen verschafft hat und auf Grund dieses Materials gegen die Beamten eingeschritten ist. Fast alle Redner: Bebel (soc.), Hammacher (nat.-lib.), Werner (Antif.), Rickert, Ginger (soc.) und Grüber (Centr.), protestierten gegen eine solche Beschränkung des Petitionsrechts und kamen überein, daß Vorsorge werde getroffen werden müssen zum Schutze der Verfassung und der Beamten.

Abgeordnetenhaus.

Die gestern im Abgeordnetenhaus fortgesetzte allgemeine Debatte, die sich bei der Berathung des Eisenbahnets entpannt und an der sich die Abg. Brömel (kreis. Vereinig.), Aisch (Centr.), v. Eyren (nat.-lib.), Graf Limburg-Stirum (cons.), Dr. Volchius (nat.-lib.), Hahn (b. k. f.), Ehels (nat.-lib.), Wetekamp (kreis. Volksp.), Horn (nat.-lib.) und Gothein (kreis. Vereinig.) beteiligten, brachte keine neuen Gesichtspunkte. Der Minister Thielen wollte von der Einziehung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, welche der Abg. Brömel empfohlen hatte, um eine richtige Kritik an der Denkschrift über die Betriebssicherheit zu ermöglichen, nichts wissen, da das Reichseisenbahnamt mit seinen hervorragenden Technikern die Aufsicht ausübe. Zu dem Vorschlag, ein eigenes Wasserbauministerium zu bilden, bemerkte der Minister, er könne darauf nicht eingehen, mit Rücksicht auf die schwedenden Verhandlungen.

Die Fortsetzung der Berathung fand in der vom Präsidenten angesetzten Abendsitzung statt.

Im Abgeordnetenhaus brachte heute Abg. Ehlers-Danzig einen Antrag ein:

Um eine Erledigung des Etats vor dem 1. April zu ermöglichen, sollen nur solche Diskussionen zugelassen werden, die sich unmittelbar an die betreffenden Staatsangehörigen, dagegen sollen Debatten über Dinge allgemeiner Natur, z. B. Zarisfragen, zurückgestellt und erst nach Ostern vorgenommen werden.

Der Antrag wurde nach langerer Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Mängel der Staatsbahnverwaltung im Abgeordnetenhaus.

Die gestern im Abgeordnetenhaus fortgesetzte Generadebatte über die Mängel der preußischen Staatsbahnverwaltung bewegte sich in den schon ziemlich ausgefahrenen Gleisen, ohne den Minister der öffentlichen Arbeiten besonders zu beunruhigen. Wie Minister Thielen über die im Abgeordnetenhaus an seiner Verwaltung geübte Kritik denkt, gab er denn auch in seiner Weise, aber unzweideutig zu verstehen.

In diesem wie auch in der vorigen Session ist der Vorschlag gemacht worden, die Berathung des Eisenbahnets nicht den überbeschäftigten Budgetcommission, sondern einer besonderen Commission zu übertragen. Abg. Brömel meinte gestern, der Vorschlag würde weniger Anstoß finden, wenn ein für alle Mal festgestellt werde, daß der Eisenbahn-Etat durch eine besondere Commission vorberathen werden solle. Er werde einen bezüglichen Antrag stellen, wenn Minister Thielen damit einverstanden

Ierschlucht und schoben sich auf den grünen Feldern gegen Palaestra vor.

„Zu den Waffen! Sie greifen wieder an!“

Jeder sprang auf seinen Posten.

„Es werden immer mehr. Das sind nicht die Ammals allein. — Dort reitet Mohammed-Burahla; ich kenne seinen Fuchs. Im ganzen Iersgebiet ist dies der einzige. Also haben sich die Alt-Mar und wahrscheinlich auch die Alt-Ahalsun den Ammals angeschlossen. Wir werden einen harten Stand bekommen.“

„Gleichgültig, wie viele es sind. In unsre festen Häuser kommen sie doch nicht hinein, und wenn wir viele niederwerfen, werden sie schon die Lust zum Stürmen verlieren. Unsre Lebensmittel reichen aber sicher, bis wir durch die Garnison von Alger bestreit werden.“

In diesem Augenblick sprang eine Frau aus dem hinteren Zimmer der Kaserne in den Bordan Raum und rief:

„Dom Rastanienhain her kommen viele, viele Tauende. O mein Gott, mein Gott, wir sind verloren.“

„Schweigen Sie doch still, Madame Grenon. So gefährlich wird es nicht sein. Sie haben in Ihrer Angst zu viel gesehen.“

Er eilte aber selbst nach rückwärts und dort sah der höchstlich erstaunte und sehr erschrockene Maire, daß Frau Grenon sich doch nicht getäuscht hatte. Rechts und links des Rastanienwaldganges

sei. Der Minister entgegnete, er fürchte sich auch vor einer besonderen Commission nicht; aber die Ausführung des Antrages werde auf große praktische Hindernisse stoßen, d. h. auf den Mangel an sachverständigen Mitgliedern des Hauses. Offense hätte er allerdings seiner Ansicht über die Bedeutung der Debatten nicht Ausdruck geben können. Selbstverständlich war es die reine Bescheidenheit, wenn kein Mitglied des Hauses das ministerielle Urtheil über den Mangel an Sachverständigkeit zu widerlegen unternahm, oder darauf aufmerksam machte, daß, wenn die Einschätzung einer besonderen Eisenbahncommission zur Regel werde, die nichtsachverständigen Mitglieder sich allmählich die Vorkenntnisse erwerben würden, deren sie zur Prüfung des Eisenbahnets bedürfen. Der Etat hat nachgerade eine so große Bedeutung gewonnen, daß er ein besonderes Studium fordert und Anforderungen stellt, denen die Mitglieder der Budgetcommission nicht entsprechen können. Wenn Minister Thielen kein Verlangen nach einer Eisenbahncommission hat, so erklärt sich das wohl aus der Befürchtung, aus dem Regen in die Traufe zu kommen.

Das Petitionsrecht der Beamten.

Im Reichstage, dessen Menu gestern aus einer Reihe kleinerer Etats bestand, knüpfte sich ein interessantes Intermezzo an den Etat der Reichseisenbahnen an. Nachdem die Unterzeichner einer Petition der Eisenbahnbeamten, welche in der vorigen Session an den Reichstag gelangt war, entlassen worden waren, führte man im Reichstage das Bedürfnis, festzustellen, woher die reichsländische Verwaltung in den Besitz der Namen der Unterzeichner gelangt sei. Die Lösung des Rätsels war sehr einfach. Beabsichtigt Berathung der Petition in der Commission war der Regierung eine Abfertigung der Petition zugegangen, damit seitens der competenten Stelle der Regierungskommissar mit der erforderlichen Instruction versieben werden konnte. Man wird also künftig Sorge dafür tragen, daß die Namen der Unterzeichner zur Kenntnis der Regierung gebracht werden. Besser noch wäre es ja, wenn die Petenten sich künftig disciplinarwidriger Aeußerungen enthalten wollten. Aber freilich — die Ansichten über das, was disciplinarwidrig ist, gehen zuweilen auseinander.

Die Conservativen und die Militärstrafgerichtsordnung.

Wie die „Staatsbürgerzg.“ erfahren haben will, herrscht in der conservativen Partei die Neigung vor, die Militärstrafgerichtsordnung abzulehnen, weil nach den letzten Verhandlungen des Reichstages die Socialdemokraten und Demokraten das öffentliche Bestreben zeigten, die Grundlage unserer bewährten Heeresorganisation zu zerstören.

Doch bei den Conservativen eine solche „Neigung“ vorhanden ist, darüber braucht uns das antisemitische Blatt nicht zu belehren. Bei der ersten wie bei der zweiten Lesung haben der Abg. von Bülowkamer und andere conservativer Redner kein Hehl daraus gemacht, daß der Partei an dem Zustandekommen der Reform wenig gelegen sei und daß das Entgegenkommen der Regierung in einer Reihe von Punkten ihnen nicht gefalle. Etwas anderes aber ist es, die Verantwortung für das Scheitern der Sache zu übernehmen. An Drohungen haben es die Herren nicht fehlen lassen. Sie werden es sich aber doch sehr überlegen, ob sie diese Drohungen — zumal Krieg vor den Wahlen — verwirklichen sollen. Sie würden damit päpstlicher handeln als der Papst. Denn die Regierungen, welchen die Grundlagen der Heeresorganisation wohl ebenso sehr am Herzen liegen durften wie den conservativen Generalpätern der Armeeinteressen, wünschen eine Verstärkung mit dem Reichstage.

Uebrigens würden die Conservativen, wenn sie es wirklich aufs Äußerste ankommen lassen und eine ablehnende Haltung einnehmen sollten, sehr schlecht abschneiden. Denn auch ohne sie gibt es für das Geetz eine Mehrheit, die sich aus dem Centrum, der Reichspartei, den Nationalliberalen

brachten lange, lange weiße Linien vor, und deutlich vernahm man schon ihr wildes Allah-Gefrei.

„Golle unser Untergang wirklich bevorstehen?“ Der tapfere Mann dachte dies nur still bei sich. Außerdem ließ er sich seine Sorge nicht anmerken. Laut rief er nach dem Bordan Raum: „Alle Männer aus der Rue d'Alger hierher. Monsieur Joepel, Sie übernehmen hier das Commando. Jede beiden Gendarmen leiten das Feuer vom Dach aus. Ich mit den Colonisten vertheidige die Front. Ihr bewahrt die Abablen mit dem Ande. Letzteres kann uns vielleicht sehr nützlich werden. Nur Muth, Landsleute, Muth! Morgen werden wir hoffentlich von Alger her entsezt werden!“

und der freisinnigen Partei zusammenseht. Die Herren würden also ihr Ziel doch nicht erreichen und andererseits die Erfahrung machen, daß ihr Votum in den Kreisen der eigenen Wählerschaften auf keinen Beifall zu rechnen hat.

Noch eine Probe auf die agrarische Sammlungspolitik.

Im sächsischen Provinzial-Landtag hat dieser Tage eine Verhandlung über den seitens der Provinz für den Bau des Rhein-Weser-Elbe-Kanals zu leistenden Zuschuß stattgefunden, der für die Provinz in den nächsten acht Jahren auf 1 041 600 Mk. festgesetzt ist. Die Regierung will bekanntlich dem Landtag erst dann eine Vorlage machen, wenn die beteiligten Communalverbände sich zur Deckung des durch die Kanalabgaben etwa nicht gedeckten Fehlbetrages der Betriebs- und Unterhaltungskosten und zur Zahlung der Versicherung und Tilgung eines Drittels des Baukapitals der Hauptlinie und der Hälfte des Baukapitals der Zweigkanäle, infowieweit die Kanalabgaben dazu nicht ausreichen, verpflichten. Seitens des Oberbürgermeisters Schneider war die Bewilligung dieser Voraussetzungen beantragt worden. Gegen den Antrag sprachen drei Unterzeichner des wirtschaftlichen Aufrufs, v. Erffa, v. d. Schulenburg-Bethendorff und v. Plötz. Nach Herrn v. Erffa würde der Kanal nur dem Großhandel und den Großstädten Vortheile bringen, und zwar auf Kosten der Eisenbahnen. Nach der Ansicht des Grafen Schulenburg bedeutet der Kanal eine Erhöhung des Verkehrs in Folge der Trennung des Landes durch den Kanal, die geradezu der Ruin des Vaterlandes sein würde. Herr v. Plötz endlich, der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, erklärte, er könne sich zu einer solchen „Liebesgabe“ für die Stadt Magdeburg nicht entschließen, weil dadurch die Landwirtschaft ihre eigenen Interessen preisgeben müßte. Die Landwirtschaft wolle, getreu dem Ruf der Sammlung, der Industrie und dem Handel alles Mögliche geben, nur nicht solche Kanäle. Viele allerlei Kanalpläne aufgetaucht seien, liege daran, daß Preußen und das Reich viel Geld hätten; das könnte aber für andere Zwecke besser verwendet werden, als für Kanäle. Diese seien tatsächlich Einfallsstöße für fremdes Getreide, das den Kornpreis herunterdrücke, nur zum Schaden der Landwirtschaft. Dazu werde noch kommen, daß am Kanal große Mühlen errichtet werden, wodurch die mittleren und kleineren Mühlen lahm gelegt werden.

Die Commission, welcher der Antrag Schneider überwiesen worden ist, hat den Antrag mit neun gegen sechs Stimmen angenommen. Was der Landtag selbst thun wird, steht noch dahin. Die „Saale-Ztg.“ bemerkt: „Wenn Herr v. Plötz die Kanäle als „Einfallsstöße für fremdes Getreide“ bezeichnete, so scheint er ganz und gar unsere großen schiffbaren Strome vergessen zu haben, die, wie beispielsweise die Elbe von dem Hauptgetreideefuhrpunkte Hamburg aus, das Binnenland schon längst mit Getreide versorgen. Seine Versicherung, daß die Landwirtschaft, getreu dem Ruf der „Sammlung“, der Industrie und dem Handel alles Mögliche zu geben bereit sei, aber nur keine Kanäle, steht sonach auf recht schwachen Füßen. Gerade hier hätten unsere Agrarier einmal die schönste Gelegenheit gehabt, solche Bereitschaft zu beweisen.“

Die Stellung der Parteien in Österreich und die Präsidentenwahl.

Am Sonntag haben in Wien die meisten Clubs des österreichischen Abgeordnetenhauses Berathungen abgehalten. Die Vertreter der deutschen Volkspartei erklärten, sie würden in der schärfsten Opposition, nötigenfalls Obstruction verhandeln, bis die Sprachenverordnungen gänzlich aufgehoben seien; gleichzeitig wurde eine Ministeranklage gegen Boden angekündigt. Die deutsche Fortschrittspartei nahm eine Resolution an, in der es heißt, daß die Sprachenverordnungen Gautschs für die Deutschen unannehmbar seien und daß aus gesetzlicher Regelung der Sprachenfrage mit allen Mitteln zu dringen sei. Die Partei werde beim Beginne der Session einen Dringlichkeitsantrag auf Aufhebung der Sprachen-Verordnungen und auf gesetzliche Regelung der Sprachenfrage einbringen. Die Partei der Großgrundbesitzer beschloß eine sehr eingehende Amtshandlung, in der u. a. auch der Eintritt Dr. Bärnrethers in das Cabinet Thun einer eingehenden Besprechung unterzogen und gebilligt wird.

Der erste Auseinanderprall der gegnerischen Parteien erfolgte gestern im Abgeordnetenhaus bei der Präsidentenwahl. Der Ton war nicht weniger brutal als bei den tumultuarischen Sitzungen, in denen Boden einst seine Sprachenverordnungen vertheidigte; nur die Prügelei fehlte noch, wie aus nächstendem Bericht hervorgeht:

Wien, 21. März. Eine ungeheure große Menschenmenge hatte sich heute vor dem Abgeordnetenhaus, wo die Präsidentenwahl vorzunommen werden sollte, versammelt. Die Abgeordneten waren fast vollständig erschienen, die Galerien waren übersättigt. Auf der Ministerbank befanden sich der Ministerpräsident Graf Thun und sämtliche Minister. Graf Thun eröffnete den Reichsrath und forderte den Abg. Jurkan auf, das Alterspräsidium zu übernehmen. Jurkan übernahm den Vorst und gab dem Wunsche Ausdruck, das Haus möge hingebungsvoll an die Arbeit gehen und sich den Dank der Bevölkerung erwerben. Als besonderer Ansporn möge der nahende, alle mit Begeisterung erfüllende Gedenktag der Vollendung des fünfzigjährigen glorreichen Jubiläums des Kaisers dienen, um dieses Jubelfest mit dem Gefühl der Aufrichtigkeit Dankbarkeit, inniger Liebe und unwandelbarer Treue und Anhänglichkeit an die geheiligte Person des Kaisers in friedlicher Eintracht und ungetrübter Freude begehen zu können. Jurkan brachte darauf ein dreisätzliches Hoch auf den Kaiser aus.

Nach Feststellung der Beschlusshörigkeit der Käfer und Bestimmung der Schriftführer wurde die Vereidigung der neu gewählten Abgeordneten vorgenommen, worauf die Wahl des Präsidenten erfolgte. Es wurde der bisherige zweite Vice-präsident Fuchs (katholische Volkspartei) mit 195 Stimmen unter lebhaftem Beifall und Händeklatschen auf der rechten Seite zum Präsidenten gewählt. 241 Stimmzettel waren abgegeben, darunter 44 unbeschriebene. Die deutsche Volkspartei und die deutschen Socialdemokraten ent-

hielten sich der Wahl, der verfassungstreue Grundbesitz gab unbeschriebene Stimmzettel ab.

Nach der Wahl bestieg der neu gewählte Präsident die Präsidentenbühne; hierbei rief der Abg. Schönerer: Das ist unerhört; Fuchs hat dem früheren Präsidium angehört, er ist ein Staatsverbrecher und gehört ins Justizhaus. Abg. Schönerer wiederholte die Worte: er ist ein Verbrecher und gehört ins Justizhaus, unzählige Male, während der Präsident Fuchs seine Antrittsrede hielt, Fuchs erklärte, er werde bestrebt sein, die Stellung und Bedeutung des Parlaments nach allen Seiten zu wahren und alles hintanzuhalten, was das Ansehen und die Würde des Hauses zu beeinträchtigen geeignet sei. Betreffend die lex Falkenhayn über die Verschärfung der Geschäftsordnung erklärte der Präsident den Beschluss für hinfallig; derselbe könnte nicht zur Anwendung gelangen, weil er lediglich eine provisorische Maßregel gewesen sei, die durch Schließung des Abgeordnetenhauses gegenstandslos geworden.

Als dann ergriff Ministerpräsident Graf Thun das Wort und gab eine Erklärung ab, in der es heißt:

Die Regierung betrachtet die Wiederherstellung geordneter parlamentarischer Zustände und des regelmäßigen Gangs der Gesetzgebung als ihre erste und wichtigste politische Aufgabe, zumal im gegenwärtigen Augenblick, wo die im Interesse der Machstellung des Reiches und seiner wirtschaftlichen Festigung dringend gebotenen Vereinbarungen mit der anderen Reichshälfte der parlamentarischen Austragung harren. Den Grundsatz der Gerechtigkeit wird die Regierung, einstehend für Recht, Ordnung und Autorität, bei der Entscheidung aller Fragen, die politische oder wirtschaftliche Interessen oder Ansprüche betreffen, im verfassungsmäßigen Wege zur Anwendung und Geltung bringen. Wie die Regierung hierfür ihre besten Kräfte einleben wird, so erwartet sie in Zwischenfahrt, daß aus diesen Gebieten die Parteunterschiede zu lüften und alle Kräfte sich zum gemeinsamen Handeln im Dienste der wirtschaftlichen und damit der politischen Machstellung des Staates vereinen werden. Die Regierung wendet sich im Namen Österreichs vertrauensvoll an alle Parteien des hohen Hauses und hofft, daß sie, von patriotischem Geiste durchdrungen, die in einem gefährlichen Rückstande befindliche, zum Wohle des Ganges und seiner Theile unumgängliche Staatsarbeit zu leisten bereit sein werden. (Lebhafte Beifall.)

Nach dem Ministerpräsidenten Grafen Thun beantragte Abg. Steinwender, über die Erklärung des Ministerpräsidenten in der nächsten Sitzung die Debatte zu eröffnen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und die Sitzung geschlossen. Eingegangen sind im Abgeordnetenhaus drei Anträge auf Verziehung des Grafen Boden in den Anklagestand, darunter einer von den Abg. Ritter, Hofmann und Genossen wegen Durchführung der lex Falkenhayn, einer von den Abg. Vergelt und Genossen wegen Eingreifens der Polizei im Abgeordnetenhaus, und einer von den Abg. Rieger, Bernet und Genossen. Unter den Dringlichkeitsanträgen befinden sich verschiedene um Aufhebung der Sprachenverordnung, ferner darum, daß die deutsche Sprache als Staatssprache gelten solle und daß der Gebrauch der landesüblichen Sprache für die einzelnen Königreiche und Länder durch Reichsgesetz zu regeln sei.

Auch im Herrenhause stellte Graf Thun das neu ernannte Ministerium vor und gab die gleiche programmatische Erklärung wie im Abgeordnetenhaus ab.

Aufstand der Wahehe.

Berlin, 21. März. Eine Privatmeldung, welche heute der „Doss. Ztg.“ aus Dar-es-Salaam zugangen ist, meldet, daß sich die Nachricht, die Wahehe seien im Aufstand und hätten eine deutsche Expedition niedergemacht, leider Theilweise bestätigt. Nach Meldungen, welche an der Rüste eingelaufen sind, wurde im vergangenen Monat die Expedition eines deutschen Forstbeamten von den Wahehe plötzlich überfallen und niedergemacht. Hierbei sind neben dem Führer ein deutscher Lazarethgehilfe, ein Unteroffizier sowie mehrere Askaris und Träger ums Leben gekommen.

Dem Auswärtigen Amt (Colonial-Abteilung) sind die Namen der Gefallenen noch nicht bekannt, doch ist sofort telegraphisch angefragt worden. Nach einer vorgestern in Berlin eingegangenen brieflichen Meldung aus Dar-es-Salaam haben Araber Mitte Februar die Hoibspost von einem allgemeinen Aufstand der Wahehe und von blutigen Rämpfen mit ihnen überbracht. Dem auf der Reise nach Dschagaland begriffenen Gouverneur Liebert wurden Gaboten nachgeschickt, und vom Commando der Schutztruppe wurde sofort eine Expeditionscompagnie ausgerüstet. General Liebert wurde, so hieß es, umkehren und sich selbst nach Uehe begeben.

Riaotschau.

Berlin, 21. März. Dem Bundesrat ist ein Nachtragsetat zugegangen, der für den hohen und die Befestigungsanlagen in Riaotschau etwa sechs Millionen Mark fordert.

Nach einer Meldung der „Post“ sind an hiesiger zuständiger Stelle Berichte eingetroffen, welche die Meldung des „Lok-An.“ über den Überfall der drei Geisoldaten durch Chinseen im wesentlichen bestätigen.

Der „Kreuztg.“ zufolge wird der Kreuzer „Deutschland“ etwa Mitte April zusammen mit der „Kaiserin Augusta“ von Hongkong weitergehen.

Zum Untergang der „Maine“.

Washington, 21. März. Der Präsident Mac Kinley soll positive Kenntniß besitzen, daß der Commissionsbericht nachweise, die Zerstörung der „Maine“ sei durch äußeren Einfluß erfolgt. Gegenwärtig werde eine Note darüber an Spanien und eine Botschaft an den Congress vorbereitet.

Eine Depesche des „New York Herald“ aus Havanna über Argentinien bestätigt sich ebenfalls mit der Ursache der „Maine“- Katastrophe und sagt, die erste offizielle Erklärung, daß die Explosion durch einen äußeren Einfluß hervorgerufen sei und daß die Commission auch in diesem Sinne beschlossen habe, sei eine Anweisung an den Commandanten des Schiffes, Sigsbee, gewesen, in den aktiven Dienst zurückzukehren. Wenn der Commissionsbeschluß anders gelautet hätte, würde dies bedeuten haben, daß Sigsbee vor ein Kriegsgericht gestellt werden müsse.

Deutsches Reich.

Berlin, 22. März. Die „Röhn. Volkszg.“ schreibt: In hohen Beamtenkreisen des Reiches circulire eine für die höchsten Stellen bestimmte Darlegung dahingehend, die Katholiken aus allen höheren Ämtern mit selbständiger Ver-

antwortlichkeit fern zu halten, weil man ihnen nicht vertrauen könne. In parlamentarischen Kreisen hält man die Nachricht für durchaus unglaublich und meint, sie solle nur den Zweck haben, eine Erklärung der Regierung zu gewinnen.

— Das Polizeipräsidium veröffentlicht eine neue Polizeiverordnung über äußere Heiligungskraft der Sonn- und Feiertage, die bereits am 27. März in Kraft tritt. Dadurch werden die älteren Polizeiverordnungen über diesen Gegenstand aufgehoben; nicht berührt werden dagegen die über die Sonntagsruhe im Handelsverkehr und im Gewerbebetriebe erlassenen Verordnungen.

— Für das Flottengesetz sind vom Centrum bisher etwa 65 Mitglieder genommen. (Das Centrum zählt 3. St. 97 Mitglieder und 4 Hofsäle.)

* [Vor zehn Jahren.] Für den Kaiser war der gestrige Tag ein erinnerungsreicher: vor zehn Jahren wurde er durch einen Erlass Kaiser Friedrichs zur Theilnahme an den Staatsgeschäften herangezogen. Der Erlass an den damaligen Kronprinzen war datirt „Charlottenburg, den 21. März 1888“ und hatte folgenden, vom Kaiser Friedrich unterschrieben und vom Reichskanzler Fürsten v. Bismarck gegengezeichneten Wortlaut:

„Es ist mein Wunsch, daß Ew. kaiserliche und königliche Hoheit sich mit den Staatsgeschäften durch unmittelbare Beteiligung an denselben vertraut machen. Zu diesem Zwecke beauftragt ich Ew. kaiserliche und königliche Hoheit mit der Bearbeitung und Erledigung derjenigen zu meiner Entscheidung gelangenden Regierungsgeschäfte, welche ich Ew. kaiserlichen und königlichen Hoheit zuweisen werde, und sind die dazu erforderlichen Geschäftsunterlagen in meiner Vertretung von Ew. kaiserlichen und königlichen Hoheit zu vollziehen, ohne daß es für die einzelnen Fälle einer jedesmaligen besonderen Orde zur Ermächtigung bedarf.“

* [Über das Verhalten des Centrums in der Flottengesetz] schreibt die clericale „Röhn. Volkszg.“:

„Nach unseren Informationen dürfte ein großer Theil der Fraktion für das Gesetz stimmen. Daraus folgt, daß die Erklärung des Ministerpräsidenten in der nächsten Sitzung die Debatte zu eröffnen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und die Sitzung geschlossen. Eingegangen sind im Abgeordnetenhaus drei Anträge auf Verziehung des Grafen Boden in den Anklagestand, darunter einer von den Abg. Ritter, Hofmann und Genossen wegen Durchführung der lex Falkenhayn, einer von den Abg. Vergelt und Genossen wegen Eingreifens der Polizei im Abgeordnetenhaus, und einer von den Abg. Rieger, Bernet und Genossen. Unter den Dringlichkeitsanträgen befinden sich verschiedene um Aufhebung der Sprachenverordnung, ferner darum, daß die deutsche Sprache als Staatssprache gelten solle und daß der Gebrauch der landesüblichen Sprache für die einzelnen Königreiche und Länder durch Reichsgesetz zu regeln sei.“

* [Von einem „offiziellen“ Schmuck der Gräber] der 1848 in den Berliner Gräberhängen gefassten Soldaten (am Fuße der Invalidensäule) ist, der „Kreuztg.“ zufolge, seitens der betreffenden Regimenter auf den von maßgebender Stelle ausgesprochenen Wunsch ausdrücklich Abstand genommen worden.

* [Militärischer Geist.] Der „Kreuztg.“ scheint es fast unangenehm zu sein, wenn ein volksparteiliches Blatt über unsere Armee Gutes berichtet. Sie schreibt:

„Während sonst die freisinnige Presse ihrer Abneigung gegen den strammen militärischen Geist, der die Armee und insbesondere auch das Offizierskorps beherrscht, bei jeder Gelegenheit Ausdruck giebt (?), bringt die volksparteiliche „Breslauer Zeitung“ eine Plauderei über „französische Offiziere“, in der der Verfasser u. a. auch betont:

„Ich bin überzeugt, daß man in Frankreich lange nicht so scharf bei der Bevorstellung auswählt wie in Deutschland — wie viele Bemerkungen spielen oft bei der Ernennung dieses oder jenes unbefähigten Offiziers in Frankreich mit. Die genaue Durchführung des Avancement schert daher dem deutschen Offizierskorps, besonders in den höheren Chargen, einen weit besseren Bestand als dem französischen.“ Dem fügt die „Kreuztg.“ hinzu:

„Ein recht unvorsichtiger Satz für ein freisinniges Blatt, das die Pflicht hat, tagtäglich ein Alageld gegen den Militarismus anzustimmen.“

Recht charakteristisch Woher weiß es denn die „Kreuztg.“, daß ein freisinniges Blatt, die Pflicht hat, tagtäglich ein Alageld gegen den Militarismus anzustimmen? In der Werthschätzung unserer Armee stehen die Freisinnigen sicherlich hinter den Freunden der „Kreuztg.“ nicht zurück — und, wie gelagt — das scheint der „Kreuztg.“ unangenehm.

* [Bruns contra Ranckau.] Der Beleidigungssprozeß des Inspectors Wilhelm Bruns gegen den Grafen Rantzau wegen des bekannten Vorfalls am Bismarck'schen Schloss in Friedrichsruh wird am 14. April vor dem Schöffengericht in Schwarzenbeck zur Verhandlung gelangen. Als Zeugen werden u. a. die Söhne des Grafen Ranckau, Heinrich und Christian, welche bei dem Zusammentreffen zwischen dem Inspector Bruns und ihrem Vater zugegen waren, ferner der Privatsekretär des Fürsten Bismarck, Dr. Chrönander, der Weichensteller Rich vom Friedrichsruher Bahnhof und der Pfortner des Friedrichsruher Schlosses geladen werden.

* [Wieder ein Mißgriff der Polizei] Unter dieser Spitzmarke hatten wir jüngst von einer Juschrift Notiz genommen, die ein Berliner Bürger an die „Doss. Ztg.“ gerichtet hatte, des Inhalts, daß sein Sohn, der an einem Anfälle lähmender Genitalstörre gelitten habe, gezwungen worden sei, 18 Stunden auf dem Fußboden einer Polizeiwache zu verbringen. Wie nun eine Berichtigung des Polizeipräsidiums feststellt, ist der junge Mann tatsächlich sinnlos betrunken gewesen, und zwar so sinnlos, daß recht wohl die spätere Erkrankung eine Folge des übermäßigen Alkoholgenusses gewesen sein kann.

* [Vom conservativen Parteitag.] Nach dem stenographischen Bericht über den allg. conservativen Parteitag zu Dresden hat Herr v. Plötz zugesagt, daß in den letzten Jahren seit 1893 vom Bund der Landwirthe allein für Nachwahlen ungefähr 100 000 Mark ausgegeben sind. (Allein für 10 bis 15 Nachwahlen 100 000 Mark!) Und dabei reden diese Herren immer von anderen Parteien, die viel bescheidener sich einrichten müssen, als von den Vertretern des Großkapitalismus. Eine Partei verfügt über so viel Geld, wie der Bund der Landwirthe! Über die Nationalliberalen erklärte Herr v. Plötz wörtlich: „Mancher Nationalliberaler hat uns in den Parlamenten mehr genützt, wenn er da soß, als wenn er bei den Nationalliberalen, als wenn er bei der

conservativen Partei gesessen hätte. Nun, wenn die Herren doch bei den Nationalliberalen saßen, wären sie ein ganz anderes Gemüth hinein, denn dadurch ist z. B. die ganze nationalliberale Partei mehr oder weniger agrarisch geworden.“

Von der Marine.

* [Eine Sturmfahrt im Atlantischen Ocean.] Von der Schulsregatte „Gneisenau“ (Commandant Capitän zur See Hossmeyer), die am 18. d. Ms. in Rotterdam als letztem Auslandshafen vor ihrem Heimkehr nach Hiel eingelaufen ist, liegen jetzt nähere Meldungen über die schweren Stürme vor, die das Schiff auf seiner Überfahrt von Rio-West nach den Azoren zu bestehen hatte und durch welche es unter bedeutender Verspätung in Fahral eintraf.

Nach diesen Meldungen erinnert sich kaum ein Angehöriger der Besatzung der „Gneisenau“, jemals derart lange andauernde Sturmperioden von gleicher Stärke erlebt zu haben, wie in der zweiten Hälfte des Februar im Atlantischen Ocean. Die Fregatte mußte Tage lang unter Sturmsegeln beigedreht liegen bleiben, um nicht zu weit von ihrem Course abgetrieben zu werden; jeder regelmäßige Dienst mußte Tage lang unterbrochen werden, da die heftigen Schlinger- und Stampfbewegungen der Fregatte jede Exercitie von selbst verboten. Außerdem hatte das Schiff mehrfach heftige Gewitter mit tropischen Blähregen zu bestehen. Die Stärke des Sturmes wird derart bezeichnet, daß man sofort umgewehrt wurde, wenn man sich nicht festhielt. Trotz dieser strapazireichen Überfahrt auf der Rückreise aus den westindischen Gewässern hat die „Gneisenau“ dank ihrer seemännisch vollendeten Führung durch den Commandanten und die Offiziere weder am Personal noch an der Ausrüstung den geringsten Schaden erlitten. Alle vier Schulschiffe, die den vergangenen Winter über im Auslande Aufenthalt genommen hatten, befinden sich seit dem Anfang dieser Woche wieder in den heimischen Gewässern.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 22. März,

Wetteraussichten für Mittwoch, 23. März, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wolkig, kühl, windig, Regenfälle.

* [Herr Oberbürgermeister Delbrück] hat sich heute Vormittag nach Berlin begeben und kehrt Sonnabend von dort zurück.

* [Provinzialrath.] In der gestern unter dem Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten v. Gohler abgehaltenen Sitzung des westpreußischen Provinzialrathes kam u. a. die Abänderung der §§ 4 und 13 der Polizeiverordnung vom 6. Juli 1896 betreffend die Rördnung zur Beratung. Der neue § 4 schreibt die Zusammensetzung der Rördungs-Commission vor, zu der auch ein Tierarzt gehören muß. Er enth

auszuspielen. Wir haben schon oft versucht, diese Mauer zu stürmen, aber bis jetzt immer vergebens. — Es wurden dann die Anträge Dörksen und schließlich auch der Antrag Bamberg angenommen.

Viele Erfahrungen, welche unsere westpreußischen Kindheitshäuser auf dem Gebiete der Tuberkulinimpfung gemacht haben, schon früher, wie wir z. B. berichteten, mehrfach zu Verhandlungen im Vorstande und in der Generalversammlung der westpreußischen Heerbuchgesellschaft geführt. Es wurde damals das Bedürfnis bestätigt, einen Fachmann, der mit den neuesten Ergebnissen der Tuberkulinimpfung genau vertraut ist, über diesen Gegenstand zu hören und Herr Geh. Regierungsrath Professor Dr. Schütt aus Berlin war schon im Dezember v. J. gebeten worden, auf der Generalversammlung der westpreußischen Heerbuchgesellschaft einen Vortrag über Tuberkulinimpfung zu halten. Herr Schütt, welcher damals durch dienstliche Verpflichtungen am Erstecken verhindert war, ist nunmehr gekommen, um seinen Vortrag zu halten. Er ging zunächst auf das Wesen der Tuberkulose ein und schilderte dann den Verlauf der Krankheit und die Art und Weise ihrer Verbreitung im thierischen Körper. Sehr verschieden ist die Wirkung des Tuberkelbacillus, sämtliche Kaninchen und Meerschweinchen starben, während von den tuberkulösen Menschen nur 50 Prozent starben. Dieselbe Beobachtung ist auch bei Kindern gemacht, deshalb sind wir im Stande, die Tuberkulose zu bekämpfen. Wie die Röhrkrankheit, die Lungenerkrankung im ganzen deutschen Reich getilgt ist, so dürfen wir das auch von der Tuberkulose hoffen. Was einer wirklichen Bekämpfung bis jetzt im Wege gestanden hat, war die Schwierigkeit, die Krankheit festzustellen. Da hat die Entdeckung des Tuberkulins einen bedeutenden Wandel gebracht. Der Vortragende schilderte nun das alte und das neue Verfahren zur Herstellung des Tuberkulins, sowie den Werth des Tuberkulins zum Zweck der Diagnose. Man kann annehmen, dass in Deutschland ca. 288000 Kinder tuberkulös sind und die Landwirtschaft einen Schaden von ca. 700000 Mk. erleidet. Ferner unterliegt es keinem Zweifel, dass die Tuberkulose in den letzten Jahren nicht nur unter den Kindern, sondern auch unter den Schweinen ganz erhebliche Fortschritte gemacht hat. Redner besprach ferner die zur Bekämpfung der Tuberkulose bisher gemachten Vorschläge. Er hob dabei hervor: Wenn der Staat eingreifen soll, so kann das nur unter der Voraussetzung geschehen, dass eine allgemeine Fleischbeschau eingesetzt werde. Führen Sie Fleischbeschau ein, so können Sie die Fleischbeschau auch an der Grenze fordern. Die zweite Voraussetzung für die Gleichheit ist die, dass die Entschädigung für getötete Thiere eingesetzt wird. Die Versicherungsgebühr würde ca. 80 Pf. pro Jahr und Kopf betragen. Zweitens sei vorgezogen, eine Schlachthaussicherung einzuführen, sie würde ca. 5-6 Mk. pro Thier betragen. Referent schlägt schließlich eine Beihilfe des Staates in der Höhe von 25 Procent der Versicherung vor. — Nach einigen Bemerkungen des Herrn v. Aries-Tranakis führte Herr Dr. Schütt dann noch aus, dass eine Übertragung der Tuberkulose von Seiten des Vaterthiers vollständig ausgeschlossen sei und dass es eine ererbte Tuberkulose nicht gebe. Wohl aber komme eine ererbte Prädisposition bei Menschen und Thieren nicht selten vor. Anders liegt die Sache bei dem tuberkulösen Mutterthier; wie wissen jetzt, dass 5 Prozent der Käfer tuberkulös sind.

Dann berichtete der Generalsekretär Herr Steinmeyer über den (bereits mitgeteilten) Erlass des Ministers betreffend die Sterilisierung der in den Sammelmolkereien gewonnenen Magermilch und Vernichtung des Centrifugenschlamms. Die meisten Vereine haben sich für die von dem Minister vorschlagene Maßregeln ausgesprochen. An diesen Bericht schloss sich eine längere Debatte, in welcher darüber geklagt wurde, dass noch immer nicht ein praktischer Apparat zum Sterilisieren der Magermilch existiere.

Nach lebhafte Diskussion, in welcher gelöst gemacht wurde, dass die Maßregel sich in der Praxis nicht durchführen lassen werde und dass die Landwirtschaft eine weitere polizeiliche Überwachung nicht wünsche, erklärt sich die Kammer mit einer Antwort des Vorstandes, in welcher die Sterilisierung empfohlen wird, einverstanden. Ferner nahm die Kammer einen Antrag des Herrn v. Aries-Roggendorf an, in welchem erklart wird, dass die Bekämpfung der Tuberkulose im Interesse der Allgemeinheit liege, dass auf dem Wege der Gleichheit dieses Ziel nicht erreicht werden könnte und dass die obligatorische Fleischbeschau eingeschlossen werden sollte.

* [Begräbnis.] Gestern Nachmittag fand auf dem St. Marien-Archiv die Beerdigung des verstorbenen Herrn Justizrats Lindner statt. Den Sarg schmückten prächtige Kränze von Collegen des Verstorbenen, vom Richtercollegium, sonstigen Juristen und vielen Freunden und Bekannten. Im Trauergesetz befanden sich außer älteren und jüngeren Collegen des Dahmehschenvereins viele angesehene Kaufleute. Die Grabrede hielt Herr Archidiakonus Dr. Weinig.

Ein großes Publikum hatte heute Vormittag das Leichenzugsgängnis des verstorbenen Herrn Kaufmanns Branda v. Sprockhoff zusammengeführt. Dem reich geschmückten Sarge folgten außer den beiden Mitinhabern der bekannten Firma in der Heil. Geistgasse, deren Haus auf Halbmast gesetzt hatte, viele Geschäftsleute und Bürger Danzigs zu Fuß, während die angestellten jungen Damen des Geschäftes in etwa zehn Trouerwagen hinter dem Sarge fuhren und auf dem Friedhof eine jede einen Blumenstrauß an der Gruft ihres verstorbenen Chefs niedergelegt. Die Grabrede hielt Herr Consistorialrat D. Franck.

* [Dokosten.] Zu der uns aus Neusahrwasser übermittelten Nachricht über das Doktor der Bark „Admon“ in der gestrigen Nummer erfuhr uns die Kauf. Werft zu Danzig um Aufnahme folgender Bericht:

Die Dokosten in dem Doktor der kaiserlichen Werft hätten nicht 6000 Mk., sondern für jedes Lage circa 2400 Mk. betragen, für jeden weiteren Tag würden sich die Kosten um 260 Mk. vermehrt haben.

v. Wietersheim.

* [Privat-Krankenanstalt.] Dem praktischen Arzt Herrn Dr. Theodor Wallenborg hierseit ist die Concession zur Errichtung einer Privat-Krankenanstalt (Augenklinik) in der dritten und vierten Etage der „Poststraße“ am Kohlenmarkt vom Bezirks-Ausschuss erteilt worden.

* [Privatebeamten-Verein.] Gestern Abend hielt im „Kaisersaal“ der Zweigverein Danzig des deutschen Privatebeamtenvereins seine Hauptversammlung ab, in welcher der Vorsitzende, Herr Dziekarczuk, den Jahresbericht erstattete, der interessante Angaben über das Wachstum des Hauptvereins enthielt. Der Hauptverein ist im abgelaufenen Jahre um 880 Mitglieder gewachsen, die Pensionskasse um 512 Antheile, die Witwenkasse um 617 Mitglieder und die Begräbniskasse um 256 Mitglieder mit 197000 Mk. Versicherungssumme. Das Vermögen des Hauptvereins liegt im Jahre 1897 um 47958 Mk. und die mit der Kasse vereinigte Kaisers Wilhelm-Privatebeamten-Waisenstiftung liegt von 40000 Mk. auf ca. 75000 Mk. — Was den Zweigverein Danzig angeht, so ist auch hier ein lebhafter Fortschritt zu verzeichnen. Es traten im Jahre 1897 51 neue Mitglieder ein, so dass der Verein jetzt 255 Mitglieder unter Einrechnung von 10 stillen Mitgliedern zählt. Dem Kassenbericht entnehmen wir, dass in Danzig für Rechnung des Hauptvereins 4498 Mk. vereinnahmt wurden; die Kasse des Zweigvereins hatte eine Einnahme und Ausgabe von 443 Mk. und die Unterhaltungskasse betrug 353 Mk. Nach den Berichten folgten die Vorstandswahlen. Es wurden zum Vorsitzenden Herr

Inspector Dziekarczuk, zum Stellvertreter Herr Procurist Melscher, zum Stellvertretenden Schriftführer Herr Kaulmann Hoenig, für die Krankenkasse Herr Buchhalter Reinkowski, für die Stellenvermittelung Herr Buchhalter Poje, für die Waisenstiftung Herr Ingenieur Körner und zu Beisitzer Herr Holzbräker Kampen und Chemiker Schrader wieder gewählt. Neugewählt wurden zum Kassirer Herr Procurist Apfelbaum, zum Schriftführer Herr Bureauvorsteher Kothe und zum Beisitzer Herr Werkmeister Müller. Als Rechnungsführer wurden Herr Procurist Chrapira und Herr Assekuranz-Inspector Aluwe wieder- und Herr Buchhalter M. Eichstädt neu gewählt. Mit einigen gesetzlichen Mitteilungen schloss die Sitzung.

* [Schulbücher mit Drahtfestung.] Der Cultusminister, der vor einiger Zeit auf die Bedenken, welche die Verwendung von Schulbüchern und Schulheften, die mit Draht gehalten sind, erregt, hingewiesen und der daraus thunlichste Befestigung gedrungen hatte, ist durch die Vorstellungen der beteiligten Gewerbetreibenden über die empfindliche Schädigung durch diese Maßregel bewogen worden, dieselbe etwas zu mildern. Iwar soll die allmähliche Entfernung der mit losem Draht gehaltenen Bücher aus den Schulen angestrebt werden, es soll aber eine angemessene Übergangszeit stattfinden. Dass der Minister bei voller Wahrung des Interesses der Schulen doch auch die nötige Rücksicht auf die beteiligten Gewerbetreibenden nimmt und deren Vorstellungen sofort Gehör geschenkt hat, kann nur allgemeine Billigung finden.

* [Absturz.] An den Kronleuchter-Absturz in der Schwerter Kirche erinnert ein Vorfall, der sich in der Turnhalle der heiligen Victoria-Schule ereignet hat. Diese empfängt ihre Beleuchtung Abends durch einen ziemlich großen Kronleuchter, der an einem armidielen Gasrohr hing. Dieser Kronleuchter stürzte plötzlich von der Decke herab. Glücklicherweise befand sich in diese Zeit niemand in der Halle, doch wird uns mitgetheilt, dass kurz vor dem Absturz in der Halle noch geturnt worden ist. Der Unfall hätte also leicht schwere Folgen haben können. Selbstverständlich werden nur Sicherheitsvorbereihungen getroffen werden, welche die Wiederholung eines solchen Unfalls ausschließen.

* [Unfallsfall.] Gestern Morgen kurz nach 11 Uhr wurde der Arbeiter Fridolin Just aus Scharfenort auf dem Weg übergegangen bei Kilometerstation 26 der Bahnstrecke Danzig-Praust von dem Personenzug 45 erschossen und zur Seite geschleudert, wobei er erhebliche Verletzungen am Oberkörper erlitten hat. Der Verlehrte wurde mit demselben Zuge nach Praust gebracht und auf Anordnung des Bahnarztes nach Anlegung eines Notverbandes nach Danzig in das chirurgische Stadt Lazareth gebracht. Er soll den Unfall selbst verschuldet haben, indem er die bereits geschlossene Wegebrücke eigenmächtig geöffnet und den Überweg kurz vor dem herankommenden Zuge zu übersetzen versucht hat, was ihm nicht mehr gelungen ist.

Jetzt ist im Danziger Lazareth bald nach seiner Aufnahme an inneren Verletzungen gestorben. Außerdem hatte er durch den Anprall des Zuges noch einen Armbruch erlitten.

* [Dem Grünthal nahe] gestern Abend der Schuhmachergeselle Kloppe. Derselbe wurde als er die Leinwandbrücke am Grünthal passierte, von einer unbekannten Person derart ins Genick getrieben, dass er kopfüber in die Motzau stürzte. Glücklicherweise des Schwimmens kundig, konnte er sich so lange über Wasser halten, bis ihm von einem Loof ein Rettungsring zugeworfen war; damit half er sich bis ans Ufer, woselbst ihm ein Stock gereicht wurde an welchem er in die Höhe gezogen und dann nach dem Lazareth gebracht wurde.

* [Messeraffaire.] In Stadtgebiet wurde gestern Abend der Sandjäger Weinberg, als er ein Schanklokal verließ, von einigen Personen mit Stockschlägen und Messerstichen in die Lunge derart verletzt, dass er bewusstlos liegen blieb. In einer Blutlache liegend, wurde er von einem Schuhmann gefunden und noch dem Stadt-Lazareth in der Sandgrube gebracht. Derselbe setzte es sich heraus, dass W. zehn Messerstiche erhalten hatte. Als der Richter nach Verdächtigem fragte, ob der Täter nicht der Schuhmacher war, erwiderte dieser, dass er sich nicht allein seine Baarschaft im Betrage von ca. 100 Mk. sondern auch seine goldene Uhr mit goldenem Reiste, seine Ringe — kurz alles, was dem Mitnehmens wert erschien, gestohlen war. Er hat sich an die hiesige Criminalpolizei gewandt.

* [Unfälle.] In der Dampfschneidemühle des Herrn Baumesters Feij in Rücksdorf erlitt gestern Abend der Arbeiter Genger einen Brinchor. — Auf dem Wege nach Solingen fand gestern der Arbeiter Klein so unglücklich hin, dass er sich einen Anhöckerbruch zog. Beide Verlehrte mussten nach dem chirurgischen Lazareth in der Sandgrube gebracht werden.

Aus den Provinzen.

W. Elbing, 21. März. Bei einem Neubau am Außenrande Mühldamm, welchen Herr Fabrikinspecteur Wogram ausführen lässt, ereignete sich heute ein sehr schwerer Unfall. Es stürzte dorfselbst ein Fensterbogen und ein Theil Mauerwerk zusammen und ein auf dem Mauerwerk liegender Verbindungsbaluster zweier gegenüberliegender Wände stürzte mit. Hierbei erlitten zwei Arbeiter sehr schwere Verlehrungen. Dieselben wurden mittels Wagens sofort in das Krankenhaus befördert. Ein anderer Arbeiter erlitt Verlehrungen leichter Art.

Elbing, 22. März. (Tel.) Heute Morgen sind sämtliche Wirtschaftsgebäude des Herrn Gutsbesitzers und Provinzial-Landtagsabgeordneten Schwanen-Wittensfelder niedergebrannt. Zwei Pferde sind mitverbrannt.

Marienwerder, 21. März. Ein folgenschwerer Unglücksfall ereignete sich hier am Sonnabend Nachmittag. Der Amecht eines Besitzers aus St. Krebs, der zu Besorgungen nach der Stadt gekommen war, wurde von seinem Herrn beauftragt, die Pferde des Fahrwerks zu halten. Plötzlich scheuten die Thiere und gingen durch. Der Amecht, der die Leine um die Hand gewickelt hatte, wurde mitgeschleift und schließlich dort unglücklich überschlagen, dass sein Tod auf der Stelle eintrat.

Graudenz, 20. März. „Man immer langsam vor!“ Unter dieser Mahnung veröffentlicht ein hiesiger Bäcker im „Ges.“ eine Entgegnung auf eine Rundgebung des Herrn Bernsten-Domschlaf, welche verlangt hatte, dass in Bäckereien, Conditoreien und Gastwirtschaften Plakate angebracht werden, woraus ersichtlich ist, ob in den Betrieben Margarine oder reine Butter zur Verwendung kommt. Der Graudenzer Bäcker der hungrigen Menschheit schreibt:

Da möchte ich diesen Herrn empfehlen, an seinem Dominiun Domschlaf an allen Ecken Tafeln zu befestigen, woraus zu ersehen ist, ob er seinen Acker mit künstlichem Dünger oder mit Strohdünger düngt. Die

Fleischer und die Consumanten von Fleisch und Wurst werden gern wissen wollen, ob der Herr Gutsbesitzer seine Schweine mit Schlempe oder mit Kartoffeln und Aleie füttert. Mit demselben Rechte, mit dem dem Herr Bernsten seine Plakate verlangt, von seinen Berufsgenossen öffentlich Tafeln oder Zeugnisse mit Nachweisen über die Nahrung der Schlachthiere verlangen dürfen. Zwischen beiden Ansinnen ist kein besonderer Unterschied. Folgender Fall möge hier noch kurz erwähnt werden. Es wird wohl allgemein bekannt sein, dass die Inflanten und Einwohner auf den Gütern Rüke haben. Dieselben erhalten vom Gut ihr Futter und liefern dem Eigentümer Milch und Butter. Nun ist es vorgekommen, dass einige Gutsbesitzer in einer Genossenschaft die Leute dazu bewegen, ihre Milch nach der Molkerei abzugeben und sie erhalten dafür Margarine und — Margarine-Butter. Nun frage ich: Was hat diese Herren zu solchem Handel bemerkt?

Thorn, 21. März. Im Moker ist in der vergangenen Nacht der Arbeiter Harke ermordet worden. Seine Ehefrau und der Mauer Romicke sind unter dem Verdacht der Thäterschaft verhaftet worden.

* Der Magistrat der Stadt Schönsee in Westpreußen, zum Amtsgerichtsbezirk Thorn gehörig, hat an das Haus der Abgeordneten die Bitte gerichtet, die Errichtung eines Amtsgerichts derselben zu beschließen zu wollen. Schönsee ist in vielen Beziehungen der Mittelpunkt der 31 Ortschaften, welche mit Schönsee die Errichtung eines Amtsgerichts derselben zu erstreben und eine Einwohnerzahl von 11759 Seelen zählen. Im Hinblick auf diese Verhältnisse, sowie auf die große Entfernung der um Schönsee herumliegenden Ortschaften von Thorn hat die Justiz-Commission des Abgeordnetenhauses beschlossen, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

* Das edle Geschlecht derer zu Dohna schreibt die „Voss. Blg.“, ist durch ein Familienevent im Askanidendorf des Feuerpastes zu Berlin in eine zum Glück unbegründete schwere Beunruhigung verkehrt worden. Der Druckselektur batte aus der mit Mutterreuen bedachten Häuptlingsgattin Dohna eine Dohna gemacht. In der Wohnung des Berichterstatters, der die „Sbeitsangebote“, den Zeitungen übermittelte, war ein sehr würdiger alter Herr erschienen, der sich als General Graf zu Dohna vorstelle und namens der Familie Dohna um Auskunft bat, mit welchem Recht die schwarze Häuptlingsgattin den Namen derer zu Dohna trage. Der Berichterstatter konnte die ältesten bestimmtste Verfasser geben, dass nur ein höchst bedauerlicher Druckselektur den Irrthum habe erregen können, dass Madame Dohna in irgend welchen Beziehungen zum gräflichen Hause Dohna stehe oder gestanden habe.

Bermischtes.

Der Diebstahl in der Reichsdruckerei.

Die Untersuchung in der Angelegenheit wird seitens der Staatsanwaltschaft und des Reichspostamts, von dem die Reichsdruckerei reservirt, mit größter Discretion geführt. Grünenthal ist bereits wiederholt zu Lokalterminen aus dem Moabitier Untersuchungsgefängnis nach Berlin gebracht worden und hat Gegenüberstellungen mit früheren Bekannten gehabt. Die Verhaftung einer zweiten Person ist jedoch bis jetzt nicht erfolgt. Auf welche Weise Grünenthal in den Besitz der zur Vernichtung bestimmten Scheine gelangen konnte, darüber egzistieren zur Zeit nur Vermuthungen. Es werden bei der Anfertigung von Banknoten von jeder Nummer zwei Scheine fertiggestellt und von diesen je ein Exemplar für den Umlauf ausgeführt, während das zweite Exemplar der Vernichtung anheimfällt. Bei der Vernichtung dieser Duplicate sind vier Personen unter Leitung eines Oberfactors thätig, und häufig war mit der Leitung derselben auch Grünenthal betraut worden. Bei dieser Gelegenheit muss er sich eine große Anzahl Duplicate, niewiel derelben ist noch nicht bekannt, angeeignet haben. Der Briefumschlag, welcher die zuerst aufgefundenen 44000 Mk. enthielt, trug das Wörter: „An“. Das weiße Papier war zerissen und durch Feuchtigkeit zerstört, und an dem Papier klebten Zeitungsfragmente. Aus dem Umstand, dass das innere Papier feucht und zerissen und der Briefumschlag gan, war, wurde der Schluss gezogen, dass die Banknoten zuerst an einer anderen Stelle vergraben waren. Durch Recherchen wurde festgestellt, dass die Schriftzüge des Wortes „An“ identisch mit den Schriftzügen des Grünenthal waren. Eine Durchsuchung bei ihm ergab die Auffindung eines in Form, Farbe und Größe genau gleichen Briefumschlages wie der gefundene. Nachdem nun der Verdacht sich auf Grünenthal gelenkt, wurde das Grab seiner Tochter, welches sich auf demselben Kirchhof befindet, abgesucht, und dort wurde ein kleines Zeitungstückchen auf dem Grabe gefunden. Die Nachforschungen ergaben nun, dass die Zeitungsfragmente im Briefumschlag wie auch das auf dem Grabe der Tochter gefundene aus derselben Zeitungsnummer stammten. Eine erneute Durchsuchung bei Grünenthal ergab das Fehlen der in Frage kommenden Nummer unter seinen Zeitungen. Er wurde darauf verhaftet. Godann erfolgte eine nochmalige Durchsuchung des Kirchhofes, wobei auch am Grabe neben der Grabstelle der Tochter des Grünenthal 16000 Mk. in Wertpapieren gefunden wurden; dann wurde, wie gemeldet, ein weiterer Betrag in Wertpapieren, die auch auf dem Kirchhof vergraben und von dritten Personen verborgen worden waren, aufgefunden.

Da Grünenthal noch immer beharrlich leugnet, ist es für die Criminalpolizei äußerst schwierig festzustellen, wie der Diebstahl ausgeführt ist und wie viel Tausendmarktheine entwendet worden sind. Die der Reichsbank vorgelegten Scheine aus dem Diebstahl unterscheiden sich durch nichts von den durch die Bank ausgegebenen. Das Publikum, das im guten Glauben entwendete Scheine erworben hat, braucht sich nicht zu beunruhigen, die Reichsbank löst die Scheine, falls sie keine Mängel aufweisen, ein. Grünenthal bleibt bei seiner Behauptung, dass er die in seinem Besitz befindlichen Wertpapiere durch seine Ersparnisse ehrlich erworben hat und dass die auf dem Kirchhof gefundene Rassenscheine und Wertpapiere nicht von ihm dort niedergelegt worden sind. Criminalcommissar v. Böckmann, der die Untersuchung leitet, ist seit dem 10. März auf Grund einer Anzeige einer führenden „Freundin“ des G. eines Mädchens Namens Lüth, mit den Nachforschungen betraut. Das Mädchen teilte der Polizei auch mit, dass die Wertpapiere auf dem Friedhof versteckt seien, so dass die Auffindung sehr leicht war. Die Lüth scheint aus Rothe, wegen Abweisungen von Geldforderungen an G. gegen diesen vorgegangen zu sein. Das einzelne Behauptungen des G. auf Unwahrheit beruhen, konnte die Polizei schon feststellen. So ist nachgewiesen, dass er die aufgefundenen Wertpapiere bei hiesigen Bankhäusern gekauft hat. Wie es heißt, soll G. bei einer Bank 180000 Mk. deponiert haben.

Berlin, 22. März. (Tel.) Bezuglich des Diebstahls in der Reichsdruckerei haben die Recherchen der Polizei gestern eine Druckpresse aus Tageslicht gefördert, welche Grünenberg in seiner Wohnung zurückgelassen hat. Ob auf dieser Presse Geldscheine hergestellt sind, wird erst die nähere Untersuchung ergeben.

Die Wirthin Grünenbergs ist wegen Aufreis verhaftet worden; sie soll ihm eine junge Familienangehörige zugeführt haben.

* [Eine Klage gegen das Cabinet der Kaiserin] gedenkt nach dem „Lokal-An.“ der Portier Reichert in Berlin anzustrengen. Er hatte, wie seiner Zeit mitgetheilt, am 1. Juni v. J. auf dem Paradefelde einen Orden gefunden, welchen die Kaiserin verlor. Er erhielt hierauf einen Finderlohn von 150 Mk. Seinen Einwendungen, dass die Belohnung zu niedrig sei, wurde seitens des Oberhofmeisters des Kaiserin mit dem Hinweise begegnet, dass der Orden einen Werth von 1000 Mk. habe. Der gesetzmäßige Finderlohn beträgt 10 Prozent; es seien bereits 50 Mk. über demselben bezahlt worden. Der Finder bemängelt jedoch die Taxisierung des Ordens. Er ist der Ansicht, dass das mit Brillanten besetzte Schmuckstück, das als Mittelbild die Porträts der Königin von England und des Prinz-Gemahls enthalte, einen wesentlich höheren Kunstartwert, als seitens des Cabinets angenommen wird, haben müsse.

Standesamt vom 22. März.

Geburten: Stellmachermeister und Wagenbauer Otto Foth, I. — Arbeiter Karl Lange, S. — Arbeiter Hermann Dörr, I. — Schneidergasse Hermann Müller, S. — Zimmermann Friedrich Hall, S. — Schlosser Joseph Lenkeit, I. — Sattler Eduard Dück, I. — Tischlergasse August Schwarz, S. — Metallbinder Bruno Höser, I. — Unehel.: I. S. 2. I.

Aufzugebte: Königlich Schuhmann Max Schmidt und Emma v. Malachinski, — Bureauvorsteher Theobald Wohlgemuth und Marie Hoffmann, — Maurerjelle Franz Bischof und Math

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung der Filzherstellung in folgenden Revieren:
 a. in der Weichsel von Danzig her bis zum Durchstich bei
 Siedersfähre,
 b. im Durchstich von Siedersfähre bis zur Gemarkungsgrenze
 zwischen Schönbaum und Niederswalde,
 c. von dort bis zur Mündung in die Orla,
 d. in der Weichsel von der Coupiung bei Siedersfähre bis
 zur sogenannten Buhnenkrenze,
 e. von dort bis zur Mündung in die Orla bei Neufahr, auf
 die sechs Jahre 1. Juli 1898/1904 haben wir einen Bietungs-
 Termin auf.

Sonnabend, den 2. April er. Mittags 12 Uhr,
 in der Räumerei-Raße im Rathaus hier anberaumt, in welchem
 Pachtlinie eingeladen werden.
 Danzig, den 15. März 1898.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die unter Nr. 25 unseres Firmenregisters eingetragene Firma
 Julius Bungs
 in Agl. Stendis ist am 15. März 1898 gelöchert.
 Königliches Amtsgericht Garthaus.

Geschäftsbrief.

Gegen den angeblichen Inspektor der Magdeburger Lebensversicherungs-Gesellschaft, früheren Lehrer Walter Czechel aus Danzig, geboren am 7. Mai 1861 in Schönebeck, welcher ständig ist oder sich verborgen hält, ist die Unterlührungshaft wegen Betruges verhängt. (4515)

Es wird erachtet, denselben zu verhafthen und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern, sowie zu den hiesigen Akten 4 J. 117/98 Nachricht zu geben.

Eidens, den 18. März 1898.

Der Königliche Erste Staatsanwalt.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kunstschriftermasters Carl Ferdinand Alwin Nißmann in Firma "Otto Nißmann" in Danzig, wird nach erfolgter Abhaltung des Kürschermars hierdurch aufgehoben.

Danzig, den 17. März 1898. (4527)

Königliches Amtsgericht Abteilung II.

Öffentliche Versteigerung.

Donnerstag, den 24. März d. Js., Vormittags 10^{1/2} Uhr, werde ich in Danzig im Hotel Stern (Heumarkt) folgende dorthin gehörende Gegenstände als:

3 gr. Spiegel, 2 Sophas, 2 Gessel, 3 Sophasische, 1 oval, Tisch, 2 Marmortischen, 3 Klaviersessel, 1 Schreibstuhl, 4 Bilder, darunter 2 Landschaften, 3 Wäscheschränke, 1 Nähstuhl, 8 nussbaum Stühle, 2 Bettgestelle mit Matratzen und 2 Sitz-Betten, 1 Herrenpolster, 1 Polsterdecke, 1 Bücherschrank, 18 Bände Meyer's Conversations-Lexikon, 8 paar Gardinen mit Stangen, 1 Cigarrenschrankchen, 1 Spielbofe, 2 Lampen, 2 Leuchter, 1 Armeleuchter, 3 Fruchtschalen, 1 Bowle, 1 Posten Silberzeug, 1 Eisfach, 1 Nähmaschine, 4 Teppiche, 8 große Tischläufer, 6 Dhd. Servietten, 3 Duhnd Handtücher u. a. m.

im Wege der Zwangsvollstreckung öffentlich meistbietend gegen

bare Zahlung versteigern. (4520)

Der Verkauf findet bestimmt statt.

Karper,

Gerichtsvollzieher in Neustadt Wpr.

In welchen Betten schläft man am besten?

Wo
Patent-Matratten
 von
 Westphal & Reinhold,
 Berlin 21,
 benutzt werden.

Kein Einlegen. Kein Staub.
 Kein Ungeziefer!

Tausendfache Bestätigungen. Man schütze sich vor
 Nachahmungen. Ueberall erhältlich

(4128)



Holzverkauf

aus dem Stiftungshofrevier Bankau

Montag, den 28. März er.
 Vorm. von 10 Uhr ab,
 im Restaurant zur Ostbahn
 in Dvora.

Es kommen zum Angebot:

Gehen: 11 Stch. schwache Ruhenden 1.68 fm, 15 Stch. Stangen 1.-3. Al. 3 cm Abeten, 1 rm Anüppel.

Buchen: 9 Stch. Ruhenden mit 4.82 fm, 2 rm Schichtuhnhohls 1. Al. ca. 30 cm Abeten, 1 rm Anüppel, 10 rm Stubben, 8900 rm Reiter 1. Al.

Birk: 15 Stch mit 5.38 fm, 9 Stück Stangen 1.-3. Al. 2.70 fm, 36 Stck. Stangen 1.-3. Al. 2 rm Abeten, 4 rm Anüppel.

Erlen: etwa 160 Stch. mit 100 fm, 700 Stch. Stangen 1.-3. Al. 20 fm, 45 Stck. Stangen 1.-3. Al. 20 fm Abeten, 4 rm Anüppel, 80 rm Stubben, 10 rm 1 Meter lange Reiter 1. Al.

Die Besichtigung des Holzes wird anheim gestellt. Auskunft erhält der Revierförster Gansow in Bankau, Post Löblau.

Danzig, den 18. März 1898.

Directorium der v. Conradi-schen Stiftung.

am 21. September 1897
 verstarb der Gutsbesitzer

Johann Kochan

aus Sieden p. Pissenithen Kreis Lych Ostr. Derselbe soll sein Vermögen in baar oder Wertpapieren bei Banken oder Bankiers deponirt haben.

Als Bevollmächtigter der Johann Kochan'schen Erben ersuche ich etwaige Depothalter sich baldigst bei mir zu melden.

Siebert,
 Rechtsanwalt und Notar,
 Lyck Ostr.

Beredete Rosen

zu außerordentlich billigen Preisen per Stück von 30 g an bis zu den allerfeinsten hohen Marschall Riel-Rosen.

Aepfel- und Birnenbäume in nur ausserlesenen guten Sorten, Erdbeeren,

sehr ertragreich, werden so groß wie Taubeneier. Zur Saat: sehr gute Kerne, grohe und kleine, Hasen, Probstier, auch sehr ertragreicher Weizenhafer.

Pferdebohnen.

Mehrere Schuh Roggenrichtstroh, Hähnel und Rümpfleie, sehr weissen Stubensand, stets zu haben bei

Hofbesitzer Mittendorff,
 Schöneberg, Weichsel.

Es laden in Danzig:

Nach London:

SS. "Blonde", ca. 22./23. März.

SS. "Mlawka", ca. 24.-26. März.

SS. "Annie", ca. 28.-31. März.

SS. "Oliva", ca. 10./14. April.

Es laden in London:

Nach Danzig: (4526)

SS. "Blonde" ca. 1.5. April.

Th. Rodenacker.

D. „Bernhard“, Capt. J. Arp,

von Hamburg mit Gütern eingetroffen, löst am Bahnhof. Inhaber von Durchgangsconnaissancem ex D. „Bundesstaat“ D. „Cintra“, D. „Prussia“ und D. „Lorraine und Marie“ wollen sich melden bei (4505)

Ferdinand Prowe.

Es laden bis Mittwoch Abend

D. „Weichsel“ (4480)

nach Thorn ic.

Sr. „Lauder“ nach Montoy (Bakoch, Labin) ohne Umladung.

Güteranweisungen erbitten

Johannes Ick, Flusbdampfer - Expedition.

Nach Stolpmünde

labet hier circa 24. März

D. „Alfred“, Capt. Sprenger.

Güteranweisungen nimmt entgegen

Ferdinand Prowe.

D. „Wanda“, Capt. Joh. Goetz,

labet bis Mittwoch Abend in der Stadt und Donnerstag in Neu-fahrwasser nach (4469)

Dorf laau, Mewe, Kurtebrück, Reuenburg und Grauden.

Güteranmeldungen erbitten

Ferd. Krahn, Schäferei 15.

Privat-Kapitalisten

ost. Probe-Nummern der „Neuen Börse-Zeitung“.

Reisebüro Paradiesgasse 100. Versand gratis u. franko.

Überzeugen Sie sich, dass meine Fahrträder

die allerbilligsten sind.

Wiederverkäufer gesucht.

Haupt-Katalog gratis & franco

August Stukkenbrok, Einbeck Deutschlands größtes Smeid-Fahrrad-Versand-Haus

20 pfdr. Dampfmaschine

mit Condensation ist wegen Betriebsvergrößerung für M. 2000 zu verkaufen. (4461)

Ed. Schach, Elbing.

Dampfaggregat u. Holzabfuhr.

Das Bornack'sche Etablissement

in Jäschkenthal ist per 1. April zu verpachten. (4457)

Nähe es Hundegasse 124. 1. Et.

Gei. Slotzgebende (4393)

Fleischerei mit Wurstfabrikation,

in bester Stadtgegend gelegen, ist zu verpachten.

Adr. u. C. 144 a. d. 3. Sta.

Ein Flugel, voll. Ton. f. 100 M.

zu v. Langfuhr, Al. Hammerweg 11. 2 Treppen. (7045)

Aufruf eines Empfangscheines.

Auf Antrag des technischen Assistenten Herrn Friedrich Gustav Melcher in Danzig wird der unbekannte Inhaber des Empfangscheins Nr. 32486, den die Lebensversicherungsbank f. D. in Gotha über den Versicherungsschein Nr. 239009 am 15. August 1898 ausgestellt hat, aufgerufen. Jeder, welcher Anprüche an der Versicherung hat, aufgefordert, sich bis zum 16. April 1898 bei der Bankverwaltung in Gotha zu melden. Andernfalls wird dieser Schein außer Kraft gesetzt werden (4481)

Danzig, den 19. März 1898.

Die Agentur der Lebensversicherungsbank f. D. zu Gotha.

K. Heinrich.

Bettfedern u. Daunen

Offerire neue Sendungen in 80 Sorten sowie

fertige Betten und Bettwaren,

Matratzen, Reilkissen, eiserne Bettstellen.

M. Gilka, Fischmarkt 16.

Obstbäume!

Hochstämmige und Zwerg-Obstbäume (Apfel u. Birnen) in schöner Waare und Gort. n. für das hiesige Klima, empfiehlt (4497)

W. Jass, Baumgüte Landmühle, Marienburg Westpreußen.

Lieferant der Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Westpreußen.

Es laden in Danzig:

Nach London:

SS. „Blonde“, ca. 22./23. März.

SS. „Mlawka“, ca. 24.-26. März.

SS. „Annie“, ca. 28.-31. März.

SS. „Oliva“, ca. 10./14. April.

Es laden in London:

Nach Danzig: (4526)

SS. „Blonde“ ca. 1.5. April.

Th. Rodenacker.

D. „Bernhard“, Capt. J. Arp,

von Hamburg mit Gütern eingetroffen, löst am Bahnhof. Inhaber von Durchgangsconnaissancem ex D. „Bundesstaat“ D. „Cintra“ und D. „Prussia“ und D. „Lorraine und Marie“ wollen sich melden bei (4505)

Ferdinand Prowe.

Es laden bis Mittwoch Abend

D. „Weichsel“ (4480)

nach Thorn ic.

Sr. „Lauder“ nach Montoy (Bakoch, Labin) ohne Umladung.

Güteranweisungen erbitten

Johannes Ick, Flusbdampfer - Expedition.

Nach Stolpmünde

labet hier circa 24. März

D. „Alfred“, Capt